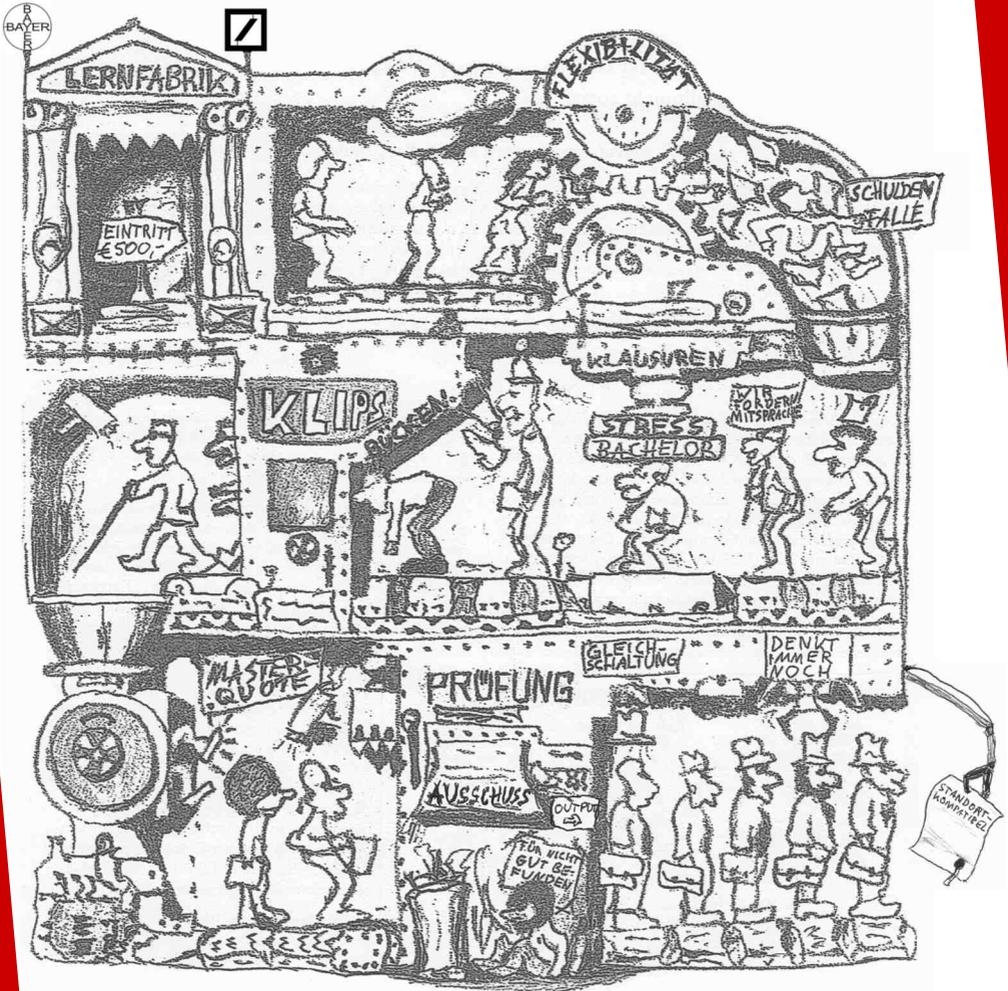


Die Stützen der unternehmerischen Hochschule:

Studiengebühren, Bachelor/Master, Hochschul„freiheit“



Für allgemeinwohlorientierte Hochschulen
und emanzipatorische Bildung.

Lernen für soziale Verbesserung!

www.studiengebuehrenboykott.uni-koeln.de



1. Auflage, April 2010

V.i.S.d.P.:
Arbeitskreis Studiengebührenboykott
% Felix v. Massenbach
Marienstr. 3d
D-50825 Köln

■ Inhaltsverzeichnis

Vorwort	Seite 3
Wa(h)re Bildung? Studiengebühren sind anti-emanzipatorisch.	Seite 4
Das Bachelor/Master-System abschaffen!	Seite 6
Das Hochschul„freiheits“gesetz oder die anti-demokratische Universität: Marktdiktat statt gesellschaftskritischer Wissenschaft	Seite 8
So funktioniert der Boykott	Seite 10

In der Mitte der Broschüre findet Ihr die Unterschriftenliste zur Kampagne „Die Kommerzialisierung von Bildung und Wissenschaft stoppen“ zum Herauslösen.

■ Vorwort

„Auf der ersten Etappe der Aufholjagd war dies das Wichtigste: Neue Gestaltungsfreiheit für die Schrittmacher im Innovationsprozess sichern. Neue Prioritäten im Landeshaushalt setzen, für Bildung und Wissenschaft. Kurz: Neue Rahmenbedingungen dafür schaffen, damit die zentralen Akteure gestärkt werden und ihr Potenzial noch besser ausschöpfen können. Hindernisse von der Strecke wegräumen, das war in der ersten Phase entscheidend.“

(Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie in NRW, Neujahrsrede von 2008: „Nordrhein-Westfalen auf dem Weg zum Innovationsland Nummer 1 in Deutschland“.)

Was Andreas Pinkwart (FDP) sich seit fast fünf Jahren „wegzuräumen“ bemüht: Finanziell unbedrängtes Lernen, selbstverwaltete und teildemokratisch verfasste Hochschulen, Muße zum Nachdenken und echtes Erkenntnisinteresse, gemeinsame Einsichten in gesellschaftliche Zusammenhänge, die Auseinandersetzung um die Folgen und Möglichkeiten der Wissenschaft für die Entwicklung der Welt, ein kritisches Eingreifen der Wissenschaft in die öffentliche politische Auseinandersetzung sowie die Ausrichtung der Forschungsgegenstände an den Lebensbedürfnissen der Bevölkerung (über den Kreis der Geldgeber hinaus). Kurz – Emanzipatorische Bildung und massenhaft kritisch eingreifende Menschen sind der CDU/FDP zuwider, denn sie sind in der Tat ein echtes Hindernis für deren Standortschlacht zum „*Innovationsland Nummer 1*“, die überall und für alle heißen soll: Strampeln für die Geschäfte der Großunternehmen, die „*Schrittmacher*“ der schwarz-gelben Politik – auf Landes- wie auf Bundesebene.

Auch an den Universitäten soll es in diesem (Irr)Sinn verwertungsgerecht zugehen. Wesentlich mit 3 Keulen sollen sie zu Produktionsstätten von marktcompatiblen „Humankapital“ (das sind Menschen) sowie unmittelbar verwertbaren Wissenschaftsinhalten getrimmt werden:

- Mit dem Hochschul„freiheits“gesetz wird auf institutioneller Ebene die demokratische Beteiligung aller Universitätsmitglieder an der politischen Ausrichtung der Universität und der Wissenschaft ausgehebelt.
- Das verschulte, gehetzte und Konkurrenzschürende Bachelor/Master-Schmalspurstudium forciert die Ausrichtung der Bildungsinhalte an den kurzfristigen, ökonomischen Anforderungen des Marktes.

- Und mit dem finanziellen und kulturellen Druck der Studiengebühren soll nur noch berechnend das gelernt (gekauft) werden, womit man künftig auf dem knappen Arbeitsmarkt seine Haut vermeintlich besser zu Markte tragen könne.

Diese Entwicklungsrichtung ist antidemokratisch, antisozial, wissenschaftsfeindlich und daher rundum allgemeinwohlschädigend und krisenhaft. Für eine Verbesserung der Lebensbedingungen aller müssen Bildung und Wissenschaft kritische Erkenntnisse und Engagement fördern. Dafür sind unumgänglich und neu zu erkämpfen: Die soziale Öffnung der Hochschulen und ein finanziell unbedrängtes Studium, die demokratische Bestimmung der Wissenschaft und die Selbstverwaltung der Hochschule sowie eine Studienreform, die einen kritischen Gesellschaftsbezug der Bildung fördert.

Mit dieser Broschüre wollen wir zur Fundierung der Kritik an den Hochschul-Konterreformen und zur Verständigung über die Ursachen der Alltagsdrangsale beitragen, mögliche Alternativen anregen sowie dazu ermutigen, entsprechend solidarisch zuwider zu handeln. Gerade hin auf die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen im Mai 2010 kann dadurch der Einfluss von CDU/FDP und Großindustrie maßgeblich zurückgedrängt werden.

Dafür werden die Studiengebühren in diesem Semester erneut solidarisch boykottiert. Des Weiteren sollte die Unterschriftenkampagne „Die Kommerzialisierung von Bildung und Wissenschaft stoppen“ hochschulintern verbreitet werden.

In diesem Sinne wünschen wir eine gute Lektüre und ein widerständiges Studium!

Euer AK Gebührenboykott

Der Arbeitskreis Studiengebührenboykott trifft sich wöchentlich im Café Sandspur der Evangelischen Studierendengemeinde, Bachemerstr. 27.
Tag und Uhrzeit findet Ihr auf unserer Homepage unter
www.studiengebuehrenboykott.uni-koeln.de

■ Wa(h)re Bildung? Studiengebühren sind anti-emanzipatorisch.

Zur Erinnerung: Der lange Weg zu den Studiengebühren

In Folge der sozialen Kämpfe der Studierendenbewegung Ende der 60er Jahre wurde – nicht zuletzt aufgrund eines Boykotts des Hörgeldes 1970 – der unentgeltliche Zugang zu den Hochschulen erkämpft. Das Erfordernis der Gebührenfreiheit des Studiums als Voraussetzung für persönliche Entfaltung und eine menschenwürdige, demokratische, soziale und friedensfördernde Gestaltung der Welt wurde auch in dem von der Bundesrepublik im Jahre 1973 ratifizierten UN-Sozialpakt festgeschrieben.

Im harten Widerspruch zu diesen humanen Entwicklungsmaßstäben stehen die Ziele, die die Verfechter der Wiedereinführung von Studiengebühren verfolgen. Auf der Suche nach neuen Verwertungsmöglichkeiten zur Steigerung von Profiten forcierten in den 90er Jahren internationale marktradikale Organisationen (IWF, WTO und Weltbank) und lokale Wirtschaftsverbände (in Deutschland u. a. BDA, BDI, Handelskammer und Bertelsmann-Stiftung) die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge, u. a. des Gesundheitswesens, der Wasser- und Stromversorgung und eben des Bildungswesens.

Mit Studiengebühren sollte nicht das Problem leerer öffentlicher Kassen gelöst werden. Sie wurden vielmehr als zentraler Hebel erkannt, um die Ökonomisierung von Bildung und Wissenschaft voranzutreiben, indem die künftigen AbsolventInnen dazu gedrängt werden sollen, sich als „Humankapital“ für die Verwertungsanforderungen der „Wirtschaft“ fit zu machen.

Senioren-Gebühren, Studienkonten, Langzeitstudiengebühren – der Weg zurück zu den allgemeinen Studiengebühren erwies sich für die Gebührenbefürworter als langwierig: Aufgrund einer anhaltenden und breit verankerten gesellschaftlichen Ablehnung von Studiengebühren brauchten die Marktideologen mehr als zehn Jahre Propaganda sowie einige Zwischenschritte, bevor 2006 allgemeine Studiengebühren nach 35 Jahren zum ersten Mal wieder eingeführt werden konnten – in gerade mal sieben von 16 Bundesländern. In Hessen hielten sie sich aufgrund des anhaltenden Widerstandes der Studierendenbewegung nicht einmal ein Jahr. Mittlerweile sind auch im Saarland allgemeine Studiengebühren abgeschafft worden.

bührenfreiheit sollte in diesem Sinne Schule machen. Dafür sind die allgemeine Schädlichkeit sowie die eigene Ablehnung von Studiengebühren neu zu ergründen.

Die Ur-Verdrehung: Wer profitiert von Studiengebühren?

Studienkosten belasten die Falschen.



„Ist es nicht ungerecht, daß ein Kfz-Mechaniker einem Rechtsanwalt das Studium bezahlt? Und das, obwohl der Rechtsanwalt später im Berufsleben von seiner Ausbildung finanziell profitiert? Genau wie Ärzte, Ingenieure, Manager und, und, und? Ihr Einkommensvorteil wird von allen Steuerzahlern, mit und ohne Studium, finanziert. Diese Ungerechtigkeit kann durch Studiengebühren und sozial ausgewogene Bildungsrechte beseitigt werden“ (Bildunterschrift der Anzeige „Studienkosten belasten die Falschen“ der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft.)

Die Kampagne „Studienkosten belasten die Falschen“ wurde 2005 von der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM) initiiert – der Ideologieabteilung des Arbeitgeberverbandes der Metall- und Elektroindustrie. Mit einem Jahresetat von 8,2 Millionen Euro ausgestattet, arbeitet die INSM seit dem Jahr 2000 daran, der Bevölkerung die vermeintliche Alternativlosigkeit der Zerschlagung des Sozialstaates zu vermitteln. Zu sehen ist ein Student, der bildlich auf dem Rücken eines Kfz-Mechanikers studiert. Ganz in neoliberaler Manier wird hier ein Bildungsverständnis gesetzt, bei dem das gesellschaftliche Erfordernis und der allgemeine Nutzen von gut ausgebildeten ÄrztInnen, LehrerInnen, IngenieurInnen und AnwältInnen unterschlagen und stattdessen Bildung auf ein Einzelinteresse reduziert wird.

Und da haben wir's: Schon bereichern sich Studierende auf Kosten von Kfz-Mechanikern!

Die Argumentation beruht im Wesentlichen auf den Einkommensunterschieden zwischen AkademikerInnen und NichtakademikerInnen. Ziemlich plump wird allerdings von den eigentlichen sozialen Widersprüchen abgelenkt: Denn der Einkommens-

unterschied zwischen einem Kfz-Mechaniker und einem Ingenieur kommt mitnichten dem nach, der zwischen beiden Arbeitnehmergruppen und jenen besteht, die hier beispielsweise die Anzeige geschaltet haben: in diesem Fall die Arbeitgeber von Gesamtmetall, zu denen u. a. Thyssen-Krupp, Daimler, Ford, EADS, Continental und BMW gehören. Denn diese schlagen ihre Gewinne sowohl aus der Arbeit von Kfz-MechanikerInnen als auch von IngenieurInnen und profitieren auch am meisten vom wissenschaftlichen und technischen Fortschritt. Es schwadronieren also gerade diejenigen von „Ungerechtigkeit“, deren Bereicherung sich auf Kosten der Mehrheit der Bevölkerung vollzieht und die sich zusätzlich in den letzten Jahren durch allerlei Steuererleichterungen aus der Finanzierung öffentlicher Ausgaben zurückziehen konnten. (Diese Umverteilung von unten nach oben ist im Übrigen auch die Hauptursache für die Unterfinanzierung der Hochschulen. Ein progressives Steuersystem bleibt die einzige vernünftige Maßnahme, um Besserverdienende an der Finanzierung von öffentlichen Ausgaben anteilig stärker zu beteiligen).

Hier versucht die INSM, Studierende gegen Lohnabhängige auszuspielen. Dabei soll das eigentliche Partikularinteresse der Arbeitgeberseite – Sozialabbau, Privatisierungen und Lohnrückerei in allen Bereichen für wachsende Profite – verschleiert werden. Dass gerade diese Kräfte darauf setzten, mit Studiengebühren ein Verständnis von Bildung zu forcieren, bei dem das Studium als Privileg erkaufte und zu einer Investition in die eigene Arbeitskraft degradiert werden soll, hat System: Das Studium als erkaufte Privileg ist auf die Zuspitzung von Konkurrenz und Ellenbogenmentalität sowie die Erfüllung fremdgesetzter Leistungsnormen gerichtet. Alle sollen damit beschäftigt sein, gegen Ihresgleichen einen Konkurrenzvorteil auf dem Arbeitsmarkt zu ergattern sowie sich brav und bestmöglich für den zukünftigen Arbeitgeber gefällig zu machen. Nach dem Motto: Es ist nur wert, was sich verkaufen lässt und zu lernen ist, was sich in diesem Sinne „lohnt“.

Studiengebühren wenden sich also gegen eine solidarische, kritische und sozial verantwortliche Lebens- und Lernpraxis. Anstatt durch Bildung und Wissenschaft die bestehenden Verhältnisse in Frage zu stellen und für deren humane Veränderung zu lernen und zu wirken, soll der Druck erhöht werden, sich ihnen zu fügen. Studiengebühren sind daher zutiefst antisozial: Sie wirken nicht nur sozial selektiv, sondern erschweren auch eine Orientierung von Bildung und Wissenschaft an den sozialen Belangen der Mehrheit der Bevölkerung.

Lernen für die Humanisierung der sozialen Verhältnisse.

Kann ich mir ein Studium leisten? Finde ich später damit einen Job? Kann ich mein Darlehen zurückzahlen? Kann ich mir dieses interessante Seminar „leisten“?

Der ökonomische Normierungsdruck durch Studiengebühren degradiert die Wahl und Gestaltung des Studiums zu einem ökonomischen Kalkül und erpresst dadurch die Orientierung an fremden Interessen (denen des späteren Arbeitgebers). Der damit einhergehende Konkurrenz- und Leistungsdruck führt nicht nur zu einem entfremdeten Studierverhalten, sondern entfremdet auch von den KommilitonInnen. Diese sollen zu Konkurrenten werden statt bereichernd zu sein für die solidarische Erarbeitung eines gemeinsamen, besseren Verständnisses der Welt. Isolation, Angst, die Optimierung der eigenen Benutzbarkeit oder Effizienz sind aber keine Lernmotivation, sondern Lernhürden.

Studiengebühren zerstören daher eine solidarische, kooperative Lernkultur und damit auch die Grundlagen wissenschaftlicher Arbeit selbst. Sie verhindern wegen des Drucks zur Marktkonformität ein problembewusstes Verständnis der Gewordenheit von sozialen, natürlichen und kulturellen Zusammenhängen. Gegen jegliche gesellschaftlichen und zivilisatorischen Erfordernisse und Möglichkeiten führen sie nicht zu einer allgemeinen wissenschaftlichen Qualifizierung, sondern faktisch zu massenhafter Dequalifizierung.

Die Durchsetzung von Gebührenfreiheit ist angesichts der offen gewordenen Menschenfeindlichkeit marktradikaler Ideologie und Politik mehr denn je erforderlich, damit Bildung und Wissenschaft im Sinne der Bevölkerungsmehrheit zur Überwindung der gesellschaftlichen Krise beitragen. Das geschieht, wenn gegen den Markt- und Kommerzswahn wieder für menschliche Entfaltung, kritische Erkenntnis und die Verbesserungen der allgemeinen Lebensbedingungen solidarisch gelernt wird. Allgemeinwohlorientierte Hochschulen, die den humanen und gesellschaftlichen Nutzen der Wissenschaft mehrten, setzen finanziell unbedrängtes Lernen sowie die soziale Öffnung der Hochschulen für alle Bevölkerungsschichten voraus, statt ihre elitäre Abschottung. Kritisch, solidarisch und gesellschaftlich eingreifend entfaltet sich der Mensch. So lässt sich ein allgemeiner politischer Richtungswechsel herbeiführen, die Gebührenfreiheit wieder erkämpfen und sogar das Geld von denjenigen holen, die darauf sitzen, um die Hochschulen bedarfsgerecht und öffentlich zu finanzieren.

■ Das Bachelor/Master-System abschaffen!

Eine Frage der Umsetzung?

Erhöhte Abbrecherquoten aufgrund von Dauerprüferei und korsettartig vorgegebenen, modularisierten Studiengängen, wissenschafts- und lernfeindliche Paukerei statt kooperativem und erfreulichem Lernen, keine Zeit für Auslandsemester und erschwerte Bedingungen, das Studienfach oder den Studienort zu wechseln: Das Bachelor/Master-System ist selbst gemessen an den vorgeschobenen Zielen, mit denen es den Studierenden schmackhaft gemacht werden sollte, gescheitert. Mittlerweile fordern in NRW sogar die Rektoren der Technischen Universitäten seine Abschaffung.

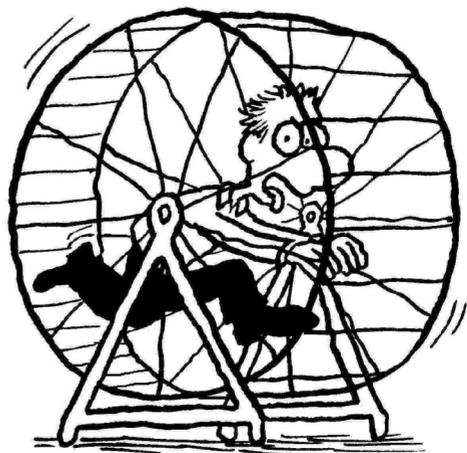
Dieses Desaster ist das Ergebnis des „Bologna Prozesses“: Seit der Bologna-Konferenz vor zehn Jahren trieben die Bildungsminister unter dem Druck der Forderungen der privaten Wirtschaft (European Round Table of Industrialists, CHE, BDA, INSM) die Einführung von in Bachelor und Master gestuften Abschlüssen voran – „mit dem Ziel, die arbeitsmarktrelevanten Qualifikationen der europäischen Bürger ebenso wie die internationale Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Hochschulsystems zu fördern“ (Bologna-Erklärung vom 19. Juni 1999). Diese Ausrichtung der Bildung am ökonomischen Verwertungsinteresse der Arbeitgeber dominiert die Umsetzung des Bologna-Prozesses. Maßgeblich beteiligt an dieser Entwicklung war der damalige Bundesbildungsminister und jetzige NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU). Mit seinem aus dem Jahr 1997 stammenden Strategiepapier „Hochschulen für das 21. Jahrhundert“ forcierte er in Deutschland und Europa die Ideologie der zukünftigen Hochschulentwicklung: Der „Epochenwechsel von einer Industrie- zu einer Wissensgesellschaft“ erfordere, dass Wissenschaft und Forschung als „Standortfaktoren“ ihren Beitrag dazu leisten, die Wettbewerbsfähigkeit des „Standortes Deutschland“ in der Weltmarktkonkurrenz zu sichern. Europa gegen den Rest der Welt und jeder gegen jeden im Kampf der Wirtschaftsstandorte: Alle und alles für den Standort heißt, dass alle Lebensbereiche den Gewinnanforderungen der Arbeitgeber unterstellt werden.

Der „Bologna-Prozess“ ist dabei einer der drei Hauptpfeiler der „Lissabon-Strategie“, deren Ziel es ist, „Europa bis zum Jahre 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt

zu machen“. Dementsprechend besteht ein weiterer Pfeiler der Lissabon-Strategie im Abbau der Sozialsysteme, was in Deutschland u. a. in Hartz-IV, Rentenkürzungen und der Lockerung des Kündigungsschutzes bei gleichzeitiger Senkung der Spitzensteuersätze und der Unternehmenssteuer mündete. Die Einführung der Bachelor/Master-Studiengänge entspringt insofern einer allumfassenden Programmatik der Unterwerfung menschlicher und gesellschaftlicher Entwicklungen unter die Anforderungen des Marktes und der privaten Verwertung.

Der Bachelor ist menschenfeindlich.

„Employability“, die sogenannte „Beschäftigungsfähigkeit“, ist das Hauptziel von Bachelor/Master. Hier sollen Wissenschaft und Studium darauf reduziert werden, sich dafür zu trimmen, fügsam und „just in time“ die Verwertungsanforderungen des Standortes bzw. des künftigen Arbeitgebers zu erfüllen. Was gelernt und geforscht wird, sollen die Gesetze des Marktes regeln – und was sich nicht rechnet, keinen Bestand haben.



Organisiert wird diese output-Orientierung durch das regelkonforme Abarbeiten der in vorgegebenen Veranstaltungen erkämpften „credit points“. Was sich nicht bepunktet lässt, fällt dabei unter den Tisch oder wird pervertiert: Aus Erkenntnisinteresse soll zu paukender Stoff, aus offenen Fragen Konkurrenz Nachteile, aus Kooperation Teamfähigkeit und aus Freundschaft „networking“ werden. Der immense „workload“ und die Verstrickung im alltäglichen Hindernislauf legen dabei nahe, alle humanen Ansprüche an Bildung aufzugeben. An deren Stelle wird die kühle Berechnung gesetzt: Die Studierenden sollen sich als „Unternehmer ihrer selbst“ verstehen, als Ware, deren Tauschwert in „credit points“

es durch den Konsum abgepackter Fertigbildung zu steigern gilt. Die Durchsetzung dieser Zumutungen kann nicht ohne Einschüchterungen und Disziplinierungsmaßnahmen erfolgen. Wer sich trotz mehrgliedrigen Schulsystems und NCs bzw. Aufnahmeprüfungen gnädigerweise an der Uni einschreiben darf, wird an der Hochschule durch die Begrenzung der Masterplätze mit weiter verschärfter Selektion konfrontiert. Ständige Leistungskontrollen, deren Ergebnisse meist ab dem ersten Semester in die Endnote einfließen, sollen angesichts eines prekären Arbeitsmarktes alle dazu nötigen, sich gegen ihre Mitmenschen durchzuboxen, anstatt gemeinsam für eine Verbesserung der sozialen Lage aller zu lernen.

Wer trotz dieser Zumutungen immernoch Wert legt auf Muße zum Nachdenken, auf die kritische Reflexion der Bildungsinhalte durch Gespräche mit KommilitonInnen oder das Lesen eines Buches, das nicht im Programm steht, wer einen Blick für die Mitmenschen und die Welt übrig hat, gesellschaftliches oder (hochschul-)politisches Engagement als Teil des Studiums begreift, soll spätestens durch restriktive Prüfungsordnungen oder die Androhung von Malus-Punkten von jeglicher vernünftigen Regung im Studium abgehalten werden.

Dieser Alltag ist in doppelter Hinsicht menschenfeindlich: Einerseits ist er unerträglich und aufreibend für alle Unimitglieder, andererseits wird so effektiv verhindert, dass zu sozialem und gesellschaftlichem Fortschritt beigetragen wird. Vielmehr ist die durch den „Bologna-Prozess“ forcierte Neuausrichtung der Lern- und Forschungsinhalte an privatwirtschaftlichen Profitinteressen mit sozialen und emanzipatorischen Zielen prinzipiell nicht vereinbar: An Krankheit und Krieg wird beispielsweise verdient, an Gesundheit und Frieden nicht.

Die Bachelorstudiengänge sind ihrem Ziel, ihrem Inhalt und ihrer Umsetzung nach durch und durch menschenwidrig, weil dadurch Menschen gegen ihr eigenes Interesse zum Werkzeug fremder Interessen zugerichtet werden sollen. Sie verhindern echte Fragen, Einsichten in gesellschaft-

liche Zusammenhänge, verantwortliches Handeln sowie kooperatives und problemlösungsorientiertes Arbeiten, machen weder qualifizierter für die Arbeitswelt, noch klüger oder souveräner und sind daher rundum unerfreulich und schädlich. Daher wächst überall der Widerstand dagegen.

Bachelor/Master abschaffen !

Durch das aufklärerische Engagement der Studierendenbewegung ist sogar die konservativ-neoliberal dominierte Kultusministerkonferenz genötigt, Korrekturen an den Studiengängen zu versprechen. Die Vorhaben bleiben allerdings Beschwichtigungsmaßnahmen: Die Orientierung am Prinzip der ökonomischen Verwertbarkeit soll gerettet werden, z. B. durch die Weiterentwicklung der Studieninhalte unter Einbeziehung der Arbeitgeberseite. Dagegen ist eine Bildungsreform erforderlich, die gesellschaftskritische, welt- und menschenzugewandte Bildung und Wissenschaft ermöglicht. Selektion, Modularisierung, Akkreditierungsagenturen und Malus-Punkte stehen dem ebenso im Weg wie ein durchgeplantes, von Hetze und Überforderung geprägtes Studium. Die Bachelor/Master-Studiengänge müssen daher umgehend abgeschafft, als erster Schritt die alten Studiengänge (Magister, Diplom und Staatsexamen) wieder geöffnet und ein unkomplizierter Wechsel ermöglicht werden. Auf dieser Grundlage ist eine echte Studienreform in die Wege zu leiten.

Solidarisches Lernen statt Pauken, die Entwicklung der Bildungsinhalte in Einheit von Studium, Lehre, Forschung und akademischer Selbstverwaltung statt Akkreditierung von außen und Management von innen, kritischer Gesellschaftsbezug der Studieninhalte statt Marktkonformität: Diese Ansprüche müssen in der anstehenden Studienreform realisiert werden, damit die Hochschule zur Bildung mündiger Menschen und einer menschenwürdigen Welt beitragen kann.

„Wenn der Mensch von den Umständen gebildet wird, so muss man die Umstände menschlich bilden.“

(Marx/Engels, „Die heilige Familie“, 1844/45, MEW 2, S. 138.)

■ Das Hochschul„freiheits“gesetz oder die anti-demokratische Universität: Marktdiktat statt gesellschaftskritischer Wissenschaft

Hochschuldemokratie: Eine antifaschistische Errungenschaft auf halbem Weg

Die Indienstnahme von Hochschulen, Wissenschaft und Forschung im deutschen Faschismus – für selbststüchtige Interessen, Krieg und die systematische Ermordung von Millionen von Menschen – ist ein historisches Desaster, welches dazu verpflichtet, das wissenschaftliche Wirken für Wahrheit und Humanität gegen jedwede partikuläre Verzewckung zu verteidigen und weiter zu entwickeln. Grundlage für die Verbreitung faschistischer Ideologie an den Hochschulen schon vor der Machtübertragung an die Nazis war ein demokratiefernes, elitäres und dünkelfhaftes Wissenschafts- und Bildungsverständnis eines großen Teils der Hochschulmitglieder. Nach feudalen Prinzipien war die „Ordinarienuniversität“ in eine strenge hierarchische Rangordnung gegliedert, in der die „Ordinarien“, die dienstältesten Professoren, das Sagen hatten und Opportunitätsdenken und Obrigkeitshörigkeit weit verbreitet waren.



Studierendenproteste gegen die antidemokratischen Hochschulstrukturen anlässlich der Rektorsübergabe 1967 im Audimax der Universität Hamburg

Auch nach der Befreiung vom Faschismus wurde unter Konrad Adenauer in der Bundesrepublik die Vorrangstellung demokratiefeindlicher Eliten in Gesellschaft und Hochschule fortgesetzt. Der Kampf der 68er Studierendenbewegung richtete sich gegen diese postfaschistische Kontinuität: Für die Demokratisierung und Humanisierung der Gesellschaft sollten gerade die Hochschulen, als Orte der Wissenschaftsproduktion, demokratisiert und sozial geöffnet werden. Allen sozialen Schichten sollte der Zugang zu den Universitäten verschafft und alle an den Hochschulen vertretenen Gruppen – Studierende, nicht-wissenschaftliche und wissenschaftliche MitarbeiterInnen und Pro-

fessorInnen – sollten kollektiv und gleichberechtigt die Ausrichtung von Lehre und Forschung bestimmen. Die Demokratisierungsbestrebungen waren damit ein direkter Angriff auf die Vormachtstellung der konservativen und wirtschaftlichen Eliten in Hochschule und Gesellschaft und wurden von diesen im Bündnis mit der Springerpresse durch mediale Hetzkampagnen und massive Polizeigewalt bekämpft. Die gleiche Mitbestimmung aller Gruppen wurde letztendlich 1973 durch ein bis heute gültiges Verfassungsgerichtsentcheidungs eingeschränkt. Begründung: Die „Wissenschaftsfreiheit“ (!) würde durch die Beendigung der Vormachtstellung der professoralen Exzellenz gefährdet. In der Entscheidungsbegründung kommt ein fortbestehendes offen anti-demokratisches und elitäres Welt- und Menschenbild zum Ausdruck: „Freiheit“ wird hier verstanden als Freiheit der Ranghöchsten (der Professoren) über die Mehrheit, die sie in jedem Fall zu überstimmen in der Lage sein müssen.

Die Unternehmerische Hochschule und die sogenannte Hochschul„freiheit“: Führung statt Demokratie

„Wer Schrittmacher will, muss Entscheidungsstärke zulassen. Hochschulen, die heute im internationalen Wettbewerb bestehen wollen, müssen handlungs- und strategiefähig sein.“

(„Hochschulräte: Neue Leitungsstrukturen für die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen“ Rede des NRW-„Innovations“ministers Prof. Dr. Andreas Pinkwart, 31.01.2007)

Das Resultat der Kämpfe von 1968 ist die „Gruppenhochschule“, in der VertreterInnen aller Gruppen in Gremien die Ausrichtung und Entwicklung der Hochschule bestimmen. Trotz der professoralen Mehrheit waren und sind diese teildemokratischen Strukturen konservativen und neoliberalen Kräften ein Grauen. „Uneffizient“ und „unflexibel“ lautete der Vorwurf – und in der Tat bildet die universitäre Selbstverwaltung ein Hindernis für die möglichst effiziente marktformige Ausrichtung von Bildung und sich bildenden Menschen, bei der nur noch bestehen soll, was sich profitabel verkaufen lässt. Demokratische Strukturen zur Ermöglichung gesellschaftskritischer, an der Verbesserung der Lebensbedingungen aller orientierter Wissenschaft gehören in dieser Logik zu ineffizienten Geschäftshindernissen, die durch die Etablierung von vertikalen Führungsstrukturen zurückgedrängt werden sollten und zum Teil wurden. Mit dem „Hochschulfreiheitsgesetz“ (HFG) ist dieser Paradigmenwechsel von der teildemokratischen Gruppenuniversität zur „unternehmerischen Hochschule“ 2006 gesetzlich festgeschrieben worden. Darin setzt Minister Pinkwart pflichtgetreu um, was das Centrum für Hochschul-

entwicklung (CHE) des Bertelsmannkonzerns schon 2005 in seinen "Zehn CHE-Anforderungen an ein Hochschulfreiheitsgesetz in NRW" gefordert hat. Wesentlicher Kernpunkt dieser Abwicklung ist:

- die Einsetzung des sogenannten „Hochschulrats“. Dieses neu geschaffene, keiner demokratischen Instanz verpflichtete und nicht abwählbare Gremium, mehrheitlich aus der Hochschule externen Personen zusammengesetzt, gibt jetzt die Ausrichtung der Hochschule vor. Der universitären Selbstverwaltung mit dem teildemokratischen Hochschulsenat werden damit die zentralen Entscheidungsbefugnisse entzogen. Die Herren aus dem Hochschulrat setzen auch den vormalig vom Senat gewählten Rektor ein, der jetzt mit wesentlich umfassenderen „Führungskompetenzen“ ausgestattet ist. Der Rektor der Uni Köln, Axel Freimuth, hat vor seiner Ernennung durch die neuen Herren (von Unternehmensseite sind im Kölner Hochschulrat die Deutsche Bank und Bayer vertreten) im Kölner Stadtanzeiger in voreiligem Gehorsam versichert, die Universität müsste „noch mehr zur Industrie, zur Wirtschaft und zu privaten Geldgebern hin“ geöffnet werden (Interview im Kölner Stadtanzeiger vom 21.02.2008).

Zusätzlich sind im Gesetz eine Reihe finanzieller Erpressungsmaßnahmen vorgesehen, um die Hochschulen zu effizientem und wirtschaftsorientiertem „Management“ zu zwingen:

- Das HFG ermöglicht, öffentliche Gelder nach der Erfüllung von „Leistungszielen“ zu vergeben. Zunehmend werden daher Haushaltsmittel anteilig nach Anzahl der AbsolventInnen, möglichst kurzer Studiendauer sowie der Höhe der erworbenen Drittmittel vergeben. Indem die Hochschulen systematisch in Konkurrenz zueinander um Drittmittel von der Wirtschaft gestellt werden, ist der verschärfte finanziellen Erpressung durch private Geldgeber Tür und Tor geöffnet. Nahegelegt wird damit, dass Wissenschaft sich nicht mehr öffentlich zu verantworten habe, sondern am Erfolg im Tagesgeschäft zu messen sei. Zudem werden die Hochschulen zur Senkung der Studiendauer, und damit zur Disziplinierung der Studierenden angehalten: Eine Hochschule, die umfassende, kritische Weltaneignung und politisches Engagement der Lernenden durch gebührenfreies Studium und die

Möglichkeit längeren Lernens fördert, wird finanziell unter Druck gesetzt.

Das ist „Freiheit“ im Neoliberalismus: Hochschulen und ihre Mitglieder werden dazu genötigt, sich käuflich zu machen und den Vorgaben der wirtschaftlichen „Schrittmacher“ Folge zu leisten.

Wissenschaft von allen für alle – Universitäten demokratisieren!

Unternehmerische Managementstrukturen sind mit Entscheidungsfindungen, die auf der Grundlage von Argumentation, Begründung und der Überzeugung der Richtigkeit von Zielen und Mitteln erfolgen, unvereinbar. Entsprechend ging der Vorsitzende des Siegener Hochschulrats, der Unternehmer Axel Barten, davon aus, ohne jegliche Rücksprache mit den Hochschulmitgliedern einen neuen Rektor einsetzen zu können. Als der Hochschulsenat der Benennung des Rektors nicht wie vorgesehen zustimmte sondern sich sogar erdreistete, öffentlich dagegen vorzugehen, trat er umgehend zurück. Die Begründung: „für den nun einzuschlagenden Weg der Neuwahl eines Rektors / einer Rektorin der Universität Siegen unter intensiver Einbeziehung verschiedener interner Gremien der Universität“ sei er „nicht die geeignete Führungspersönlichkeit“ (Pressemitteilung der Uni Siegen vom 22.08.2008). Erfreulicherweise wird hier deutlich: Das Führungsprinzip an den Hochschulen verträgt weder Kritik noch Opposition.

Prinzipiell und in der gesellschaftlichen Krise mehr denn je ist es erforderlich, dass die Wissenschaft zur Verbesserung der Lebensbedingungen aller beiträgt. Entsprechend absurd ist, dass in Form der Vertreter von Bayer und der Deutschen Bank weiterhin die Profiteure der Krise über die Ausrichtung der Universität Köln bestimmen sollen. Stattdessen muss das anti-demokratische „Hochschulfreiheitsgesetz“ abgeschafft werden, das Prinzip der professoralen Mehrheit in den Gremien der Hochschule beendet und in Kontinuität mit 1968 eine wirkliche Demokratisierung der Hochschule eingeleitet werden: Gewählte Vertreter aller Mitgliedergruppen müssen gleichermaßen in paritätisch besetzten Gremien die Ausrichtung der Hochschule bestimmen. Nur in demokratisch verfassten Hochschulen kann die Wissenschaft dazu beitragen, die Welt bewusst in ihrer kulturellen, wirtschaftlichen, sozialen und natürlichen Dimension im Interesse der Menschheit in Frage zu stellen, zu begreifen und zu verändern.

■ Aufruf zum solidarischen Boykott der Studiengebühren

Wir rufen alle Studierenden auf, sich bei der Rückmeldung zum Wintersemester 2010 / 2011 am Boykott der Studiengebühren zu beteiligen und von der Universität angeforderten Betrag statt an die Universität auf ein Treuhandkonto zu überweisen. Boykottieren können alle bis zum Dienstag, den 13. Juli 2010, auch von Gebühren befreite und Studierende mit NRW-Kredit.

Allgemeine Studiengebühren konnten trotz jahrelanger Lobbyarbeit der Unternehmensverbände nur in sieben Bundesländern eingeführt werden und sind mittlerweile in Hessen und im Saarland auf Grund studentischer Opposition wieder abgeschafft worden. Auch in NRW dürfen Studiengebühren keinen Bestand haben!

Mit dem Boykott der Gebühren wollen wir der Bildungskommerzialisierung ein Ende bereiten

und einen politischen Richtungswechsel einleiten. Die solidarische Zahlungsverweigerung ist das klare Nein zum Bezahlstudium und zu der mit ihm beabsichtigten sozialen und kulturellen Einschüchterung.

Wir rufen daher alle auf: Beteiligt euch am Boykott und an der Mobilisierung und Überzeugungsarbeit. Es geht um jede und jeden, weil es um alle geht.

■ So läuft's:

Der Boykott basiert auf einer solidarischen Zahlungsverweigerung für ein gebührenfreies Studium. Die allgemeinen Studiengebühren werden boykottiert, und die Zahlung der Semesterbeiträge solidarisch zurückgehalten. Damit wird gewährleistet, dass sich alle Studierenden am Boykott beteiligen können – auch diejenigen, die aktuell von Gebühren befreit sind oder auf einen NRW-Bank-Kredit angewiesen sind. Boykottiert wird, indem jede(r) den gesamten von der Uni angeforderten Betrag (EUR 207,37 oder EUR 707,37) auf das von unserem Rechtsanwalt Frank Hatlé eingerichtete Treuhandkonto überweist.

Wird bis zum Stichtag am Dienstag, dem 13. Juli 2010 (2 Tage vor der Rückmeldefrist der Uni) das Quorum von 10.000 Studierenden, das heißt ca. ¼ der Studierendenschaft der Uni Köln, erreicht, so wird das Geld nicht an die Uni überwiesen und die politische Auseinandersetzung mit der Unileitung und der Landesregierung um die Gebührenfreiheit kommt in die heiße Phase. Aus politischen und wirtschaftlichen Gründen kann keine Landesregierung 10.000 Studierende exmatrikulieren. Der Boykott ist erfolgreich, wenn alle ihre Rückmeldeunterlagen bekommen und immatrikuliert bleiben und Studiengebühren wieder abgeschafft werden. Dann bekommen alle Boykotteurinnen und Boykotteure die Studiengebühren zurück überwiesen und die Semesterbeiträge werden weiter an die Universität überwiesen. Liegt die Zahl der Boykottierenden am Stichtag unter 10.000, so wird das eingezahlte Geld vom Treuhandkonto vor Ende der Rückmeldefrist an die Universität überwiesen. Alle, die ihre Gebühren und / oder Semesterbeiträge auf das Konto eingezahlt haben, werden wie bei den letzten Malen rechtzeitig zurück gemeldet.

Daten zum Boykottieren:

Begünstigter:	Rechtsanwalt Frank Hatlé
Kontonummer:	333 858
Bankleitzahl:	370 502 99
Kreditinstitut:	Kreissparkasse Köln
Betrag:	EUR 707,37 bzw. EUR 207,37 (bei NRW-Kredit oder Befreiung)
Verwendungszweck 1. Zeile:	Deine Matrikelnummer
Verwendungszweck 2. Zeile:	Dein Name

- ▶ Wenn Du das Geld nicht aufbringen kannst und boykottieren willst, oder falls Du andere Fragen hast, wende Dich an uns: **0176-68019208** oder **boykottinfo@yahoo.de**.
- ▶ Aktuelle Infos und unsere **AGBs**, die die rechtsverbindliche Grundlage des Boykotts sind, findest Du auf unserer Homepage unter www.studiengebuehrenboykott.uni-koeln.de. Dort kannst Du Dich auch in unseren Mailverteiler eintragen, um immer über die aktuellen Entwicklungen informiert zu sein.

